

## Bildung in Österreich – Was sich schnell ändern muss oder wie ich lernte mit kranken Kühen zu sprechen ohne zu schreien

Zoom-Vortrag am 19. Jänner 2022 von **Mag.a (FH) Ilkim Erdost**: seit 2021 Bereichsleiterin Bildung und Konsument:innen der AK Wien, davor Geschäftsführerin des Vereins Wiener Jugendzentren, von 2011–2016 Leiterin der VHS Ottakring.

### **Zusammenfassung:**

Das Bildungssystem Österreichs kämpft seit Jahrzehnten mit Reformstau: Der Fokus liegt zu sehr auf Symptombekämpfung, strukturelle Änderungen lassen auf sich warten. Bildungspolitik sollte Mut zum progressiven Fortschritt haben und längst fällige Reformen konsequent umsetzen. Dabei gilt es, auch jene Menschen einzubeziehen, die in den Entscheidungsgremien und Institutionen unterrepräsentiert sind. Ein fortschrittliches Bildungssystem kann dazu beitragen, gesellschaftliche Probleme und demokratiepolitisch bedenkliche Entwicklungen auszugleichen.

### **Mehr zum Thema:**

In Österreichs Bildungslandschaft liegt leider viel verbrannte Erde: PädagogInnen und DirektorInnen, Eltern, Verwaltung – niemand ist wirklich zufrieden mit einer Situation, die sich in den letzten Jahren stückweise verschlechtert hat. Im Fokus dieses Vortrags stehen Elementarpädagogik und Schule, wiewohl außerschulische Bildung und Erwachsenenbildung selbstverständlich auch wichtige Felder sind.

Gelungene Bildung umfasst weit mehr als den Erwerb von Grundkenntnissen. Soziale Kompetenzen, Berufsorientierung, ein Verständnis von gesellschaftlichen Normen, politische Bildung, das Vermögen an Demokratie und Gesellschaft teilzunehmen sollten ebenfalls gefördert werden. Leider ist dieser **breite Bildungsbegriff** in den letzten Jahren zunehmend enger geworden.

Dabei zeigt die Geschichte der Bildung in Österreich viele beeindruckende Beispiele: Schon im 19. Jahrhundert gab es reformpädagogischen Projekte (z.B. die Schönbrunner Schule der Kinderfreunde) und eine lebendige Arbeiterbildungsbewegung (1871 zählten die Arbeiterbildungsvereine über 80.000 Mitglieder). Bis heute spürbar sind die Bildungsreformen der Ära Kreisky (Gratisschulbuch, Abschaffung der Aufnahmeprüfung für das Gymnasium etc.).

Weil mittlerweile 20 % aller Jugendlichen nach dem Ende der Schulpflicht über **keine ausreichenden Basisbildungs-Kenntnisse** verfügen – sie haben Probleme mit sinnerfassendem Lesen, Schreiben und Rechnen – fokussiert die schulische Bildung zunehmend darauf *„das Schlimmste zu verhindern“*.

Abhilfe schaffen soll das verpflichtende Kindergartenjahr, denn gelungene Elementarpädagogik kann die Volksschulen entlasten. Allerdings zeigt sich, dass ein einziges Kindergartenjahr für viele Kinder nicht ausreicht, immer mehr Sechsjährige werden vom Schuleintritt zurückgestuft, weil die Schulreife fehlt.

Zwei Stellschrauben, die das Bildungssystem wesentlich verbessern könnten, sind **Ganztagschule und Gesamtschule**. Aus ideologischen und parteipolitischen Gründen werden diese Reformprojekte jedoch seit Jahrzehnten blockiert. Darüber hinaus herrscht ein Mangel an ElementarpädagogInnen und LehrerInnen.

Verbesserungsmaßnahmen und Investitionen scheitern oft auch an **strukturellen Problemen**, was mit der Vielzahl an Beteiligten bzw. Trägern zu tun hat. Aktuell gibt es beispielsweise Bundesmittel für Sofortmaßnahmen zur Unterstützung in der Covid19-Krise, für mehr soziale Arbeit, psychologische Unterstützung und Freizeitangebote an den Schulen. Aufgrund bürokratischer Hürden und ideologischer Widerstände werden diese jedoch nicht zur Gänze abgerufen. Der Bund alleine kann Defizite an den Schulen nicht ausgleichen, für die Umsetzung braucht es Länder und Gemeinden, strukturelle Probleme werden durch zusätzliche Finanzierungstöpsfe nicht gelöst.

Wenn am Übergang von der Pflichtschule zur **Arbeitswelt** große Lücken klaffen, leidet auch die Wirtschaft. Daher werden immer mehr Mittel investiert, um nach der Schulzeit Defizite auszugleichen, die bei vielen Jugendlichen noch bestehen: Nachschulungen, psychosoziales Lernen, Berufsorientierung sind sehr teuer, außerdem erleben sich die betroffenen Jugendlichen durch diese Maßnahmen in ihrer Identität als defizitär, ihr Selbstbewusstsein leidet.

Auch das vielgelobte System der **dualen Ausbildung** kommt immer mehr in Bedrängnis, viele Betriebe ziehen sich aus ihrer Ausbildungsrolle zurück. Das liegt nicht nur an den fehlenden Grundkenntnissen der potenziellen Lehrlinge, sondern auch am zunehmenden wirtschaftlichen Druck, unter dem Betriebe heute stehen. Um diesen Mangel auszugleichen, erhöht z.B. die Stadt Wien ihr Angebot an überbetrieblichen Lehrwerkstätten. Leider verstärkt auch das die **Defizitorientierung** von Jugendlichen, die ‚*es nicht schaffen*‘, eine Lehrstelle in einem Betrieb zu ergattern.

Die Auswirkungen all dieser Probleme sind dramatisch,

- für junge Menschen, die sich im Bildungssystem als defizitär und inkompetent erleben,
- für das pädagogische Personal, das bei Reformansätzen nicht mitgenommen wird und zunehmend frustriert und überfordert ist und nicht zuletzt
- für das Bildungssystem insgesamt: Eine Kultur der Normierung, der vermehrte Einsatz von Screenings und Tests soll Abhilfe schaffen, führt aber dazu, dass sich der Fokus immer mehr auf Grundkenntnisse und Erwerbstauglichkeit verengt. Ein breiter Bildungsbegriff geht zunehmend verloren.

Ein Beispiel für die **Kultur der Normierung** sind die sogenannten Deutschförderklassen: Kinder werden auf ihre Deutschkenntnisse reduziert und aus dem Regelschulbetrieb herausgenommen; sie werden von FreundInnen getrennt, verpassen andere Inhalte und erleben sich als defizitär. Das Schulsystem orientiert sich nach wie vor an jenen Kindern bzw. Familien, die mit einer Halbtagschule gut zurechtkommen und nimmt keine Rücksicht auf andere Lebensrealitäten. Es würdigt Diversität und individuelle Stärken zu wenig – denn beispielsweise spricht eine Schülerin mit mangelnden Deutschkenntnissen dafür eine andere Sprache fließend, Mehrsprachigkeit könnte auch als Talent anerkannt werden.

Ein weiteres Problem zeigt sich in Bezug auf **MINT-Fächer** – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Im OECD-Vergleich ist die Schere zwischen Mädchen und Burschen bei diesen Fächern in Österreich besonders weit offen, was Konsequenzen bei der Berufswahl mit sich bringt. Auch in diesem Fall wird mit zusätzlichen Mitteln und Projekten Symptombekämpfung betrieben, anstatt eine breite, strukturelle Lösung zu suchen.

Einkommensschwache Familien fallen immer mehr aus dem **politischen und gesellschaftlichen Diskurs** heraus, sie fühlen sich immer weniger repräsentiert. Die Schule sollte jungen Menschen die Möglichkeit bieten, Mitsprache und Teilhabe zu erfahren und zu üben, ganz im Sinne einer demokratischen Gesellschaft. Wenn sich Kinder und Jugendliche jedoch wiederholt als defizitär erleben müssen, wird diese Chance vertan, ihre Entfernung zu demokratischen Prozessen vergrößert sich.

Schon jetzt fühlen sich erschreckend viele Personen in Österreich von der Politik nicht mehr vertreten: Lt. aktueller Umfrage (Quelle: SORA, Auswirkungen sozialer Ungleichheit auf die Demokratie, 2020) erleben sich etwa zwei Drittel der Arbeiterschicht bzw. unteren Mittelschicht von der Politik als Menschen zweiter Klasse behandelt, knapp 80 % von ihnen meinen, keinen Einfluss auf die Politik in Österreich zu haben – ein alarmierender Befund.

Für eine **nachhaltige Verbesserung des Bildungssystems** in Österreich gibt es drei wesentliche Ansatzpunkte:

1. Bildungspolitik muss wieder ein progressives Thema werden.
2. Mutige Reformen sollten konsequent umgesetzt werden. Die dafür erforderlichen Mehrheiten könnten innerhalb der Sozialpartnerschaft zu finden sein, es gibt hier in vielen Fragen einen gewissen Konsens.
3. Es gilt, jene Menschen einzubeziehen, die in den Entscheidungsgremien und Institutionen nicht (ausreichend) vertreten sind, wie zum Beispiel die Eltern jener Kinder, die bisher in Deutschförderklassen sortiert wurden. Ein offener Diskurs und geduldiges Zuhören können alle Beteiligten bereichern und bestärken.

#### **Aus der Diskussion:**

- *Elternarbeit: Gerade SchuldirektorInnen leisten oft wichtige Sozialarbeit für die ganze Familie, zusätzliche zu ihren administrativen und pädagogischen Aufgaben. Die Schere zwischen Eltern, die selbst Unterstützung brauchen auf der einen Seite und ‚über-engagierten‘ Eltern auf der anderen, geht immer mehr auf. Wichtig wäre eine bedarfsorientierte Unterstützung für Schulen, die sich an sozialer Indexierung orientiert.*
- *Statt einer Defizitorientierung wäre eine ‚Lebensweltorientierung‘ gefragt, diese erfordert jedoch mehr Zeit. In der Halbtagschule ist aber nur Zeit für ‚den Stoff‘, Persönlichkeitsentwicklung und individuelle Förderung kommen vielfach zu kurz.*
- *In Wien sind heute bereits 30 % aller Personen über 16 Jahren nicht wahlberechtigt, österreichweit sind es knapp 20 % – Tendenz steigend! Eine gesellschaftspolitisch brisante und alarmierende Entwicklung, der durch politische Bildung und gelebte Mitbestimmung in den Schulen begegnet werden könnte.*
- *Eine Kooperation mit den Interessensvertretungen der Wirtschaft in Bildungsfragen ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings ist darauf zu achten, dass Bildung nicht auf reine Berufsvorbereitung reduziert wird.*
- *Das Thema Gesamtschule ist leider ideologisch abgestempelt, es gibt Ängste und Widerstand in der Bevölkerung. Wichtig wäre ein positives Modell, das den Befürchtungen (z. B. vor ‚Nivellierung nach unten‘) den Wind aus den Segeln nimmt.*
- *Aktuelle Untersuchungen gehen davon aus, dass die derzeitigen SchülerInnen durch die Covid19-Krise ein bis zwei Jahre (!) an Bildungs- und Entwicklungszeit verloren haben. Es wird viel Kraft und Mittel brauchen, dieser Generation ein Aufholen zu ermöglichen. Trotz erfolgter Digitalisierungsschritte in der Krise, bestehen weiterhin große Defizite an Medienkompetenz, auch bei diesem Thema ist die Schneise zwischen SchülerInnen unterschiedlicher sozialer Herkunft noch weiter aufgegangen (‚digital divide‘).*

Protokoll: Barbara Smrzka